

**B-Länder 17.5.2001, 15:56 Uhr**

**Für Toleranz und Demokratie - gegen Fremdenfeindlichkeit und Extremismus**

## **1. Einleitung**

Durch die Zunahme rechtsextremer Gewalt und fremdenfeindlicher Übergriffe im zurückliegenden Jahr ist in Deutschland erneut eine breite gesellschaftliche Diskussion über das Thema in Gang gekommen.

Der Einzug rechtsextremer Parteien in Länderparlamente und rassistisch motivierte Anschläge auf Asylbewerberheime waren zu Beginn der 90er Jahre Auslöser für ein intensives Nachdenken über Ursachen und politische Gegenstrategien. Die Debatte über das Asylrecht und die Verbreitung rechter Orientierung insbesondere unter Jugendlichen bildeten den Rahmen der weiteren Diskussion.

Rassistisch motivierte Übergriffe vornehmlich jugendlicher Gewalttäter prägen das äußere Erscheinungsbild der aktuellen Debatte. Hinzu kommt als neue Kommunikationsplattform mit "privatisiertem" Zugang der Rechtsextremismus im Internet. Hierbei werden in besonderem Maße auch Kinder und Jugendliche angesprochen, da diese Medien Teil der Jugendkultur sind und damit eine hohe Attraktivität besitzen.

## **2. Ursachen rechtsextremer Gewalt und fremdenfeindlicher Übergriffe**

Die Komplexität der Ursachen ist häufig beschrieben und analysiert worden. Im Mittelpunkt stehen soziale Verunsicherungen und individuelle Ängste im Prozess ökonomischer und gesellschaftlicher Modernisierung. Angesichts der fortschreitenden Auflösung von Traditionen und des Verlusts biografischer Sicherheiten im Zuge von wirtschaftlicher Globalisierung und Internationalisierung der Erfahrungsräume (durch Neue Medien) bieten rückwärtsgewandte Strategien nationaler und ethnischer Abgrenzung für verunsicherte Menschen eine scheinbare Stabilisierung.

Fremdenfeindlichkeit hat nicht zwangsläufig mit der Zahl real anwesender "Fremder" im persönlichen Lebensumfeld zu tun, sondern verweist auf ein Lern- und Erfahrungsdefizit im Umgang mit Menschen anderer kultureller oder nationaler Herkunft. Das zeigt die vergleichsweise hohe "Fremdenfurcht ohne Fremde" in den ostdeutschen Bundesländern. Die aktuell konstatabare Problembelastung in den neuen Bundesländern und die damit in Verbindung stehende Schwerpunktsetzung in der Diskussion um Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus hat dabei einen erklärbaren Hintergrund: Die Angst vor sozialem Abstieg und der Labilisierung der Lebensverhältnisse in der Konkurrenzgesellschaft bilden im Wettbewerb um die knappe Ressource "Arbeitsplatz" in den neuen Ländern aufgrund der spezifischen jüngeren Vergangenheit einen zusätzlichen Fundus für nationalisierende Erklärungsmuster. Dies gilt insbesondere im Zusammenhang mit der Zukunftsperspektive junger Menschen angesichts der Ausbildungsplatzsituation und dem schwierigen Übergang von Schule zur Arbeitswelt. Ein weiterer Erklärungsansatz für das mangelnde Lern- und Erfahrungsfeld im Umgang mit demokratischen Problemlösungsalternativen ist die fehlende zivilgesellschaftliche Tradition.

3.

### 3. Handlungsfelder und Herausforderungen für die Jugendhilfe

Aufgaben und Möglichkeiten der Jugend(hilfe)politik bestehen zum einen in der Unterstützung der gesellschaftlichen Integration junger Menschen in ein demokratisches Gemeinwesen, zum anderen in der Entwicklung präventiver pädagogischer Ansätze in der Begleitung des individuellen Sozialisationsprozesses. Dieser breite, das Aufwachsen aller Kinder und Jugendlichen betreffende Ansatz gilt umso mehr, als Fremdenfeindlichkeit und nationalistischer Egoismus keine gesellschaftlichen Randphänomene sind: „Dieser Trend, der aus der Mitte der Gesellschaft kommt, muss aus der Mitte der Gesellschaft bekämpft werden“ (Bundestagspräsident Wolfgang Thierse).

Jugendpolitik heißt nicht nur Politik für Jugendliche, sondern nicht zuletzt Politik mit jungen Menschen. Ziel ist es, Kinder und Jugendliche in angemessener Form an örtlichen Entscheidungsprozessen zu beteiligen, um Partizipation praktisch erfahrbar zu machen.

Freie und öffentliche Träger der Jugendhilfe leisten auf Grund ihrer pluralen Wertestruktur, der methodischen Vielfalt und der Freiwilligkeit der Mitwirkung in Ergänzung zu Familie und Schule einen wesentlichen Beitrag zur Sozialisation und Herausbildung demokratischer Werthaltungen. Diese pädagogische Arbeit ist auf mittel- und langfristige Wirkung angelegt. Sie vermittelt soziale und politische Kompetenz in Ergänzung des schulischen Bildungsauftrags. Die häufig formulierte Erwartung, durch kurzfristigen sozialpädagogischen Einsatz auch kurzfristige Wirkungen zu erzielen, ist nicht einzulösen.

Jugendhilfe in ihren verschiedenen institutionellen und methodischen Facetten arbeitet an zentralen Risikofaktoren des Sozialisationsprozesses:

- Gewalterfahrungen innerhalb und außerhalb von Familie
- soziale Benachteiligung
- „Beziehungslosigkeit“ und problematisches Sozialverhalten
- defizitäre Zukunftschancen junger Menschen an den Übergängen Familie/Schule und Schule/Arbeitswelt
- jugendtypisches Verhalten als "Andockpunkt" für rechte Ideologie.

Jugendpolitik ist an den Zukunftschancen junger Menschen ausgerichtet. Sie ist aber auch eingebettet in die „politische Mehrheitskultur“ einer Gesellschaft. Ihre Programme und Projekte können langfristig Vieles bewirken. Sie können aber nicht ausgleichen und korrigieren, was in unserer Gesellschaft über die Medien als tolerierbar und stilbildend transportiert wird. Die erste Forderung muss deshalb lauten: Die Politik darf keine Signale senden, die das rechtsextreme Milieu als Ermutigung und Bestätigung empfinden kann.

**Jugendpolitik muss sich ihres gesellschaftlichen Standorts und damit ihrer Handlungsmöglichkeiten bewusst sein.** Der organisierte Rechtsextremismus kann kein Diskussionspartner für demokratische Jugendarbeit sein. Insbesondere die Bekämpfung des militanten Rechtsextremismus ist eine repressive Aufgabe. Auch die Besetzung öffentlicher Räume und Szenetreffe durch Rechtsextremisten bedarf einer verstärkten Polizeipräsenz und ist keine sozialarbeiterische Aufgabe.

Andererseits gilt: Wenn rechtsextreme und fremdenfeindliche Einstellungen junger Menschen eine subjektive Reaktion auf gesellschaftliche Umbrüche einerseits und individuelle „Entwertungs-Erfahrungen“ andererseits sind, dann ergeben sich jugendpolitische Herausforderungen auf folgenden zentralen Feldern:

- **Soziale und politische Bildung** unterstützen die gesellschaftliche Integration. Jugendarbeit leistet einen wesentlichen Beitrag zur Einübung sozialen Verhaltens, zur Vermittlung grundlegender Normen des menschlichen Zusammenlebens wie Toleranz und Rücksichtnahme, Solidarität und Hilfsbereitschaft, zur Einsicht in gesellschaftliche Zusammenhänge und zur Förderung der Bereitschaft zu gesellschaftlicher Mitverantwortung. Im Rahmen der Jugendbildung wird auf politische, historische und interkulturelle Themen eingegangen, werden vielfach auch Formen und Methoden gewaltfreier Konfliktlösung erprobt und eingeübt. Die Internationale Jugendarbeit eröffnet Möglichkeiten, den Gesichtskreis über nationale Grenzen hinaus zu erweitern, verengte Sichtweisen aufzubrechen und Vorurteile zu überwinden. Diese klassischen Felder der Jugendarbeit müssen im Interesse der Stärkung von Demokratie und Toleranz weiterentwickelt und ausgebaut werden. Vor allem in Bezug auf die politische Bildung bedarf es einer kritischen Reflexion und neuer Anstöße. Ziel muss es sein, die politische Bildungsarbeit methodisch und inhaltlich so zu qualifizieren, dass sich dafür mehr junge Menschen interessieren und motivieren lassen.
- Ein vermehrtes **Angebot ganztägiger Betreuung** für Kinder und Jugendliche, sei es in schulischer Verantwortung oder in Formen der Jugendhilfe, kann interkulturelle Prozesse befördern und damit der Entstehung und Ausbreitung fremdenfeindlicher Tendenzen entgegenwirken. Ein solches Angebot schafft förderliche Bedingungen für soziales Lernen, stärkt die Gemeinschaftsfähigkeit und die Bereitschaft zu verantwortlicher Mitarbeit bei den Heranwachsenden, fördert die Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher und mindert negative Einflüsse außerschulischer Cliquen.
- Generell sollten Aufklärungsarbeit und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Gewalt und fremdenfeindliche Einstellungen möglichst früh ansetzen, da das Alter jugendlicher Gewalttäter sinkt und entsprechende Verhaltensauffälligkeit oft bereits bei Kindern erkennbar wird. Die **Einbeziehung der Eltern** in die Arbeit gegen rechtsextremistische und fremdenfeindliche Tendenzen gehört deshalb auch zu den Aufgaben der Jugendhilfe. Im Rahmen von Bildungs- und Beratungsangeboten können Eltern für die Bedürfnisse ihrer Kinder sensibilisiert und bei der Erziehung unterstützt werden. Das Ziel einer gewaltfreien Erziehung und das Zurückdrängen repressiver oder vernachlässigender Erziehungsstile ist dabei ein wesentlicher Aspekt der zu vermittelnden Fähigkeiten und Hilfen.

- Die soziale **Integration von jugendlichen Migrantinnen und Migranten** ist für die künftige Entwicklung des Gemeinwesens in vieler Hinsicht von Bedeutung. Je besser die Integration gelingt, um so geringer wird das Potential möglicher Spannungen und Konflikte, an denen sich fremdenfeindliche Einstellungen entzünden und verstärken können, und um so überzeugender werden sich positive Erfahrungen des freundschaftlichen Miteinander durchsetzen.

In jüngster Zeit ist zunehmend deutlich geworden, dass die Aufgabe durch die Regelangebote der Kindergärten und Schulen und durch die speziellen Dienste der Ausländer- und Aussiedlerbetreuung nicht ausreichend gelöst werden kann. Gerade in der kritischen Phase des Übergangs Schule - Beruf und des Übergangs in das Erwachsenenleben sehen sich junge Migrantinnen und Migranten oft mit besonderen Schwierigkeiten konfrontiert und reagieren darauf nicht selten mit einem Rückzug in den Schutz sich nach außen abgrenzender nationaler oder ethnischer Gruppen und Positionen. Hier müssen verstärkte Bemühungen der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit unternommen werden, um einerseits die Chancen für eine erfolgreiche schulische und berufliche Eingliederung zu verbessern, darüber hinaus aber auch Brücken der Verständigung zu bauen und vermehrt Gelegenheit für gegenseitiges Kennenlernen und gemeinsame Freizeitaktivitäten zu schaffen.

- **Arbeit mit gefährdeten Jugendlichen** ist eine zentrale sozialpädagogische Aufgabe. Das Spektrum reicht von der individuellen Beratung und Begleitung in Krisensituationen bis zur gezielten Einwirkung auf jugendliche Cliquen. In diesem Kontext gewinnen Kooperationsprojekte der Jugendhilfe mit den Partnern Schule, Arbeitsverwaltung und Justiz eine zunehmende Bedeutung. Auf Grundlage der bereits entwickelten Konzeptionen und darauf aufbauenden Erfahrungen in den Ländern und Kommunen sind weitere quantitative und qualitative Schritte erforderlich. Das oberste Ziel einer an den Zukunftschancen junger Menschen orientierten Jugendpolitik muß "Bildung und Ausbildung für alle junge Menschen" lauten. Im Sinne eines Aufbaus von "Netzwerken der Integration" auf kommunaler Ebene trägt Jugendhilfe mit ihrer Fachlichkeit dazu bei, dass die jungen Menschen Unterstützung erfahren, die alleine einen selbstbestimmten Weg in die Arbeitswelt nicht schaffen. Dies kann insbesondere durch Schulsozialarbeit, aufsuchende Sozialarbeit und sozialpädagogisch orientierte Projekte der Jugendberufshilfe in Kooperation mit den Arbeitsämtern geschehen. Neue Wege sozialpädagogischer Praxis in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft sind zu erproben.
- **Medienpädagogik und Jugendmedienschutz** sind in Bezug auf die elektronischen Medien weiterzuentwickeln. Durch das Internet hat sich eine neue Qualität des Rechtsextremismus herausgebildet. Nicht nur ein weltweiter Markt für rechtsextremes Propagandamaterial, auch eine weltweite Kommunikation über rechtsextreme Inhalte ist damit für jedermann zugänglich geworden. Das Medium Internet ermöglicht einen privaten Zugang zum Rechtsextremismus, der sich einer adäquaten Kontrolle entzieht. Ungeachtet der Notwendigkeit, zur Eindämmung dieser Auswüchse geeignete juristische Instrumente im nationalen und internationalen Rechtsrahmen zu entwickeln und konsequent anzuwenden, ist es Auftrag der Medienpädagogik, Kinder und Jugendliche in der Entwicklung von

Urteilsvermögen zu unterstützen und die kreativen Potentiale der Neuen Medien zu nutzen.

Jugendschutz.net, die gemeinsame Stelle der Obersten Landesbehörden für Jugendschutz in den Mediendiensten, hat den Auftrag, jugendschutzrelevante Angebote im Internet zu überprüfen und zu ihrer Beseitigung beizutragen. An dieser Zielsetzung ist konsequent weiterzuarbeiten. An die Medienproduzenten richtet sich die Forderung, die Belange von Kindern und Jugendlichen stärker zu beachten und medienpädagogisches Handeln zu unterstützen.

- **Öffentliche Kampagnen und Aktionen** können Impulsgeber sein für eine kritische gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema und haben eine mobilisierende Funktion in Bezug auf den Schutz demokratischer Errungenschaften. Die Akteure der Jugendhilfe, und dabei insbesondere die Jugendlichen selbst, sind wesentliche Partner für örtliche Bündnisse und Netzwerke für Toleranz und Demokratie, über die eine entsprechende Öffentlichkeit hergestellt werden kann. Dabei spielen Freie Träger wie die Jugendverbände aufgrund ihrer demokratischen Strukturen eine wichtige Rolle.

#### 4. Jugendpolitische Konsequenzen

- Träger der Jugendhilfe auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene müssen zur qualifizierten und praxisorientierten Weiterentwicklung der genannten Handlungsansätze ein **ressortübergreifendes Selbstverständnis** entwickeln und gezielte Partnersuche betreiben: Schule, Wirtschaft, Arbeitsverwaltung, Polizei und Justiz sind hier an erster Stelle zu nennen. Die auf diesem Feld bereits entstandenen örtlichen Netzwerke und Kooperationsstrukturen sind auszubauen.
- Die aktuelle öffentliche Debatte dreht sich primär um die jungen Gewalttäter, das Einstellungspotential der Bevölkerung wird eher als Randthema abgehandelt. Die Zurückdrängung rechtsextremer Einstellungsstrukturen, die erst ein Klima für rechte Gewalttäter schaffen, sowie die Sicherung und qualifizierte Weiterentwicklung jugendpolitischer Handlungsschwerpunkte erfordern **langfristig wirksame Strategien**, d. h.: finanzielle Ressourcen, Personal und leistungsfähige Strukturen. Neue Herangehensweisen und Kooperationen in der präventiven Arbeit dürfen nicht an bestehenden Förderstrukturen scheitern. Im Gesamtkontext des Aufwachsens junger Menschen ist ein integrationsförderndes Angebot in der Fläche bereitzuhalten. Die entstandenen Strukturen in den neuen Bundesländer sind abzusichern und bedarfsgerecht auszubauen.
- **In allen Angeboten** der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit muss die Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und anderen rechten Orientierungen unter Jugendlichen intensiv geführt werden. Es reicht nicht aus, diese Aufgabe auf einige spezialisierte Projekte zu delegieren. Notwendig ist vor allem, die Fachkräfte und die Ehrenamtlichen vor Ort in ihrer Praxis zu beraten und zu qualifizieren.

- Die Entwicklung aktueller **Programme der Bundesregierung** wie das „Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit“, das "Bund-Länder-Programm Soziale Stadt" mit dem jugendpolitischen Schwerpunkt „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ sowie die Initiative XENOS auf Grundlage des Europäischen Sozialfonds gründen auf einem kooperativen Selbstverständnis. Wir erwarten von der Bundesregierung, diese Förderwege weiter auszubauen und zu verstetigen. Gleiches gilt für das 2001 im Rahmen des Kinder- und Jugendplanes des Bundes in Kooperation mit den Ländern umgesetzte "Programm für Toleranz und Demokratie". Die Förderprogramme von Bund, Ländern und Kommunen sollten darüber hinaus weitestmöglich aufeinander abgestimmt und auf nachhaltige Wirksamkeit angelegt sein.
- Zu unterstützen ist die Initiative der Innenminister für ein **Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten**. Insbesondere jungen Menschen müssen Chancen eröffnet werden, sich aus dem rechtsextremistischen Umfeld zu lösen und in demokratischen Strukturen Fuß zu fassen. In der Jugendhilfe gilt es darüber hinaus, bereits frühzeitig diejenigen zu erreichen, die fremdenfeindliche Haltungen zeigen und von entsprechenden subkulturellen Milieus angesprochen werden, um so ein Abrutschen in rechtsextreme Organisationen zu verhindern.
- Die Bemühungen um die **Integration junger Migrantinnen und Migranten** müssen verstärkt und unter möglichst breiter Beteiligung in vielfältigen Formen weiterentwickelt werden. Die Förderung von Sprachkompetenz, sozialer und interkultureller Kompetenz sowie beruflicher Qualifizierung stellen den Rahmen für eine integrierte Konzeption dar. Darüber hinaus muss sich die Jugendhilfe damit auseinandersetzen, dass Migrantinnen und Migranten gefährdet sind, Opfer fremdenfeindlicher Gewalt zu werden.
- Jugendpolitik hat nicht nur die Arbeit mit Gefährdeten im Blick. Sie muss Spielräume eröffnen für die Engagierten und Aktiven. Insbesondere im Bereich der Neuen Medien und in der Kooperation zwischen Jugendinitiativen und Unternehmen gibt es inzwischen verschiedene innovative Ansätze, die es auszubauen gilt. Die **Vermittlung von Medienkompetenz** mit dem Ziel einer kreativen Nutzung der technischen Möglichkeiten steht dabei im Mittelpunkt. Dies hat zur Voraussetzung, dass sowohl in der Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit entsprechende Kompetenzen vermittelt werden, als auch in den Einrichtungen der Jugendarbeit die technischen Voraussetzungen gegeben sind.
- Die **Förderung der politischen und sozialen Bildung**, ausgerichtet an den Grundwerten der Demokratie und der Menschenrechte, muss als zentrale Aufgabe der Jugendarbeit wieder in den Mittelpunkt rücken. Ziel muss es sein, die Jugendbildungsarbeit methodisch und inhaltlich zu qualifizieren, um sie für neue Zielgruppen attraktiv zu machen. Die Jugendverbände, die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung und die für die Ausbildung der sozialpädagogischen Fachkräfte zuständigen Hochschulen sind wesentliche Partner für diese Initiative.

- Auch in der **Aus- und Fortbildung** von Fachkräften und ehrenamtlichen Jugendleiterinnen und Jugendleitern muss die politische Bildung ein stärkeres Gewicht erhalten. Jugendbildungsstätten, Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung sowie die Träger der Jugendarbeit sind hier die wichtigsten Partner für Bund, Länder und Kommunen. Ziel muß es sein, sowohl in der thematischen, als auch in der pädagogisch-didaktischen Qualifizierung für eine Verbreiterung der Wissensbasis zu sorgen und zusätzliche Akzente zu setzen. Zum anderen gilt es, sozialpädagogische Kompetenz für den Umgang mit Jugendlichen zu vermitteln, die zum Extremismus neigen und gewaltbereit sind.